

**Niederschrift**

über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am Dienstag, 11.09.2012,  
17.30 Uhr, im Ratssaal des Rathauses Eschweiler

**Anwesende:**

Ratsmitglieder: Frau Medic, SPD (Avors.)  
Herr Liebchen, SPD  
Herr Schyns, SPD  
Herr Wagner, SPD  
Herr Kortz, CDU  
Frau Mund, CDU  
Herr Willms, FDP  
Herr Spies für Herrn Waltermann, UWG  
Frau Pieta, Bündnis 90/Die Grünen

Stimmberechtigte

Mitglieder: Frau Kaleß, Kinderschutzbund  
Herr Wiesen, Stadtjugendring  
Herr Maxein für Herrn Müller, BDKJ  
Herr Bauer für Herrn Hausteine, AWO Kreisverband Aachen-Land e.V.  
Herr Pütz (SKM e.V.) für Frau Kogel (SKF e.V.)

Beratende Mitglieder: Herr Dr. Michels, Gesundheitsamt  
Herr Hillmann, Richter am Amtsgericht  
Herr Pfarrer Wienand, Kath. Kirche  
Herr Pfarrer Theiler, Ev. Kirche  
Frau Silbernagel, Schulen  
Herr Schmitz, Polizei  
Herr da Mota, Integrationsrat

Entschuldigt: Herr Waltermann, UWG  
Herr Müller, BDKJ  
Herr Hausteine, AWO Kreisverband Aachen-Land e.V.  
Frau Kogel, SKF e.V.  
Herr Schönchens, Ferienwerk Weisweiler e.V.  
Herr Offermanns, Bundesagentur für Arbeit  
Herr Schillings und Frau Lauscher, ARGE StädteRegion Aachen

Beratende Mitglieder

der Verwaltung: Herr Knollmann, Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer  
Frau Brettnacher, Leiterin des Jugendamtes

Von der Verwaltung: Herr Offermanns, 14  
Herr Tümmeler, Abtl.-L. 510  
Herr Pietsch, Abtl.-L. 511

Schriftführerin: Frau Bündgen, stellvertr. Abt.-L. 510

**Tagesordnung:**

<b>A</b>	<b>Öffentlicher Teil</b>	<b>Vorlagen-Nr.</b>
A 1	<u>Genehmigung von Niederschriften</u>	
A 1.1	Genehmigung einer Niederschrift	
A 1.2	Genehmigung einer Niederschrift	
A 2	Änderung der „Richtlinien zur Förderung der Kinder- und Jugendarbeit“	<b>210/12</b>
A 3	Gewährung eines städtischen Zuschusses zur Einrichtung einer Stelle für eine zweite sozialpädagogische Fachkraft im Kinder- und Jugendzentrum St. Peter und Paul; hier: Antrag der Katholischen Kirchengemeinde St. Peter und Paul vom 05.07.2012	<b>250/12</b>
A 4	<u>Anfragen und Mitteilungen</u>	
A 4.1	Fa. Rödl & Partner; hier: Ergebnisbericht	<b>- ohne-</b>
A 4.2	Teilnahme des Jugendamtes Eschweiler am LVR-Förderprogramm „Teilhabe ermöglichen – Kommunale Netzwerke gegen Kinderarmut“	<b>245/12</b>
A 4.3	Organigramm des Jugendamtes	<b>- ohne –</b>
<b>B</b>	<b>Nichtöffentlicher Teil</b>	
B 1	Beschlusskontrolle	<b>254/12</b>
B 2	Anfragen und Mitteilungen	<b>- ohne -</b>

**Avors. RM Medic** eröffnete die Sitzung des Jugendhilfeausschusses um 17.30 Uhr und begrüßte alle Anwesenden, insbesondere die Ausschussmitglieder, die Presse sowie Gäste aus der Jugend- und Freizeiteinrichtung St. Peter und Paul. Sodann stellte sie die Beschlussfähigkeit fest. Änderungen bzw. Ergänzungen zur Tagesordnung lagen nicht vor.

<b>A</b>	<b>Öffentlicher Teil</b>	<b>Vorlagen-Nr.</b>
A 1	<u>Genehmigung von Niederschriften</u>	
A 1.1	Genehmigung der Niederschrift über die gemeinsame Sitzung des Jugendhilfeausschusses und des Schulausschusses am 20.06.2012; abschriftlich zugestellt am 06.08.2012	

---

Die Niederschrift über die gemeinsame Sitzung des Jugendhilfeausschusses und des Schulausschusses am 20.06.2012 wurde einstimmig genehmigt.

A 1.2	Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 03.07.2012; abschriftlich zugestellt am 20.08.2012	
-------	---	--

---

Die Niederschrift über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 03.07.2012 wurde bei 1 Enthaltung angenommen.

A 2 Änderung der „Richtlinien zur Förderung der Kinder- und Jugendarbeit“ 210/12

**Avors. RM Medic** wies darauf hin, dass der Punkt bereits im Vorfeld zur Sitzung von der Tagesordnung abgesetzt worden sei. Hierüber seien die Ausschussmitglieder informiert worden.

A 3 Gewährung eines städtischen Zuschusses zur Einrichtung einer Stelle für eine zweite sozialpädagogische Fachkraft im Kinder- und Jugendzentrum St. Peter und Paul; 250/12  
hier: Antrag der Katholischen Kirchengemeinde St. Peter und Paul vom 05.07.2012

Die Ausschussmitglieder waren sich darüber einig, dass die Arbeit im Kinder- und Jugendzentrum St. Peter und Paul inhaltlich förderungs- und unterstützungswürdig sei. Gleichwohl lasse die Haushaltssituation der Verwaltung hier keine Bezuschussung zu, sofern die Maßnahme nicht durch Einsparung oder Reduzierung anderer freiwilliger Leistungen kompensiert werde. **RM Schyns** schlug vor, die Maßnahme zur Beschlussfassung an den Schulausschuss weiterzuleiten. Darüber hinaus solle die Verwaltung Kontakt mit dem LVR und dem Bildungsbüro der StädteRegion Aachen aufnehmen. **RM Mund** fügte hinzu, dass die Verwaltung versuchen solle, eine Person im Rahmen eines freiwilligen ökologischen Jahres einzusetzen.

Letztlich stellte **RM Mund** den Antrag, die Verwaltungsvorlage Nr. 250/12 lediglich zur Kenntnis zu nehmen und die Beratung und Beschlussfassung im Rahmen der Haushaltsplanberatungen für das Jahr 2013 vorzunehmen. Diesem Antrag stimmten die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses einstimmig zu.

A 4 Anfragen und Mitteilungen

A 4.1 Fa. Rödl & Partner; - ohne-  
hier: Ergebnisbericht

**Avors. RM Medic** begrüßte Herrn Seitz von der Fa. Rödl & Partner, der anhand einer PowerPoint Präsentation den Ergebnisbericht vorstellte. Vor der Sitzung wurden hierzu auch Unterlagen als Tischvorlage an die Ausschussmitglieder verteilt.

**RM Kortz** erkundigte sich nach den Erfahrungen anderer Städte. **Herr Seitz** erwiderte hierauf, dass diese langfristig gesehen, Einsparungen erzielen konnten. **RM Liebchen** fragte nach, ob denn vor dem Hintergrund der derzeitigen Haushaltslage der Stadt Eschweiler überhaupt zusätzliches Personal eingestellt werden könne. **Herr Erster Beigeordneter Knollmann** erwiderte hierauf, dass dies nur möglich sei, wenn dies kostenneutral für die Stadt sei, d.h. wenn z.B. durch Änderungen von Betreuungsformen Kostenersparnisse folgen würden. Er fügte ergänzend hinzu, dass sich bei großen Kommunen die Einstellung eines Fachcontrollers bzw. eines Re-Integrationshelfers bewährt habe. **RM Mund** gab zu Bedenken, dass im Hinblick auf die finanzielle Lage der Stadt ein enormer Leistungs- und Einsparndruck für die Mitarbeiter entstehen werde. **Herr Pietsch** erwiderte hierauf, dass an erster Stelle das Kindeswohl stehe und daher auch nicht in allen Fällen Rückführungen in die Herkunftsfamilien möglich seien. **RM Kortz** erkundigte sich danach, wie die Einstellung von zusätzlichem Personal praktisch parallel zum HSK abgewickelt werden könne. **Herr Erster Beigeordneter Knollmann** erklärte, dass zunächst Anforderungsprofile für die beiden Stellen entwickelt werden sollen. Es sei geplant, den Re-Integrationshelfer extern einzustellen, wobei die Stelle des Fachcontrollers sicherlich verwaltungsintern besetzt werden könne.

**Avors. RM Medic** bedankte sich bei Herrn Seitz.

A 4.2 Teilnahme des Jugendamtes Eschweiler am LVR-Förderprogramm „Teilhabe ermöglichen – Kommunale Netzwerke gegen Kinderarmut“ 245/12

**Avors. RM Medic** bat die Verwaltung darum, den Jugendhilfeausschuss über den weiteren Verlauf des Projektes zu informieren. Die Ausschussmitglieder nahmen die Ausführungen aus der Verwaltungsvorlage Nr. 245/12 zur Kenntnis.

#### A 4.3 Organigramm des Jugendamtes

- ohne -

Das aktuelle Organigramm des Jugendamtes wurde vor der Sitzung als Tischvorlage an die Ausschussmitglieder ausgehändigt. **Herr Pfarrer Wienand** wies auf einen Schreibfehler hin. **RM Mund** bemängelte, dass keine Gegenüberstellung zum bisherigen Organigramm gemacht worden sei. Vor diesem Hintergrund erläuterte

**Frau Brettnacher** die Änderungen:

- Aufgrund höherer Fallzahlen sei der Pflegekinderdienst mit zusätzlichen 10 Personalstunden ausgestattet worden, was dazu geführt habe, dass nunmehr 4 Mitarbeiterinnen in dem Bereich tätig seien und nicht mehr 3.
- Im Allgemeinen Sozialen Dienst wurden die bisherigen 10 Bezirke auf 9 reduziert. Dafür wurde Herr Dahmen als Fachkraft gem. § 35 a SGB VIII eingesetzt.
- Im Bereich von Herrn Tümmeler wurde Herr Haustein zusätzlich für Projekt- und Jugendarbeit eingesetzt.

#### Weitere Anfragen und Mitteilungen:

**Herr Erster Beigeordneter Knollmann** bezog sodann Stellung zum Presseartikel von Herrn Schmitz, CDU-Stadtratsfraktion, in der Filmpost am 05.09.2012:

- Herr Schmitz habe ihm auf telefonische Nachfrage erklärt, dass er die Angaben zur Versorgungsquote aus einer Verwaltungsvorlage aus dem Vorjahr entnommen habe. **Herr Erster Beigeordneter Knollmann** wies darauf hin, dass die Planungen zwischenzeitlich fortgeschritten seien und man von einer Versorgungsquote bei den U3-Kindern im Jahr 2013 (Rechtsanspruch ab 01.08.2013) in Höhe von 32 % ausgehen könne, sofern sich alle derzeit im Bau befindlichen bzw. noch geplanten Maßnahmen bis zu diesem Zeitpunkt komplett umsetzen ließen. Derzeit stehe lediglich fest, dass der Umbau an der GHS Dürwiß nicht bis zum 01.08.2013 erfolgen könne.
- Die Versorgungsquote der Ü3-Kinder liege derzeit bei 84,29 % und damit geringfügig höher als die von Herrn Schmitz veröffentlichten 78 %. Diese Versorgungsquote suggeriere zwar den Bestand hoher Wartelisten in den Einrichtungen. Aber zum einen bestehe keine Verpflichtung, sein Kind in einer Einrichtung betreuen zu lassen und zum anderen können Eltern auch entscheiden, die Kinder nicht mit 3 Jahren, sondern erst später in einen Kindergarten zu geben. Manche Eltern warteten dagegen auch darauf, dass ein Platz in ihrer Wunscheinrichtung, die in der Regel wohnortnah zu finden sei, frei werde.
- Bzgl. des Kindergartens Franz-Rüth-Straße teilte er mit, dass die Finanzierung der Innenausstattung der Einrichtung entgegen der Ausführungen von Herrn Schmitz gesichert sei.

**RM Mund** lenkte ein, dass die Bedenken durchaus berechtigt seien, da noch nicht mit allen Maßnahmen begonnen wurde und die verbleibende Zeitschiene kurz sei.

**Herr Erster Beigeordneter Knollmann** erwiderte hierauf, dass ein entstehender Bedarf ggfs. vorübergehend mit der Bereitstellung von Containern gedeckt würde.

**RM Schyns** wies darauf hin, dass derartige Pressemitteilungen lediglich für große Unruhe sorgen und regte daher eine Gegendarstellung an.

**Avors. RM Medic** bat die Verwaltung im Jahr 2013 eine Sitzung des Jugendhilfeausschusses in den Spiel- und Lernstuben durchzuführen. Der Vorschlag wurde von den übrigen Ausschussmitgliedern angenommen.